

Heidelberger Schriften
zum Wirtschaftsrecht und Europarecht

83

Fabian Klumpen

Die elektronische Gesellschaftsgründung über die Grenze



Nomos

Heidelberger Schriften
zum Wirtschaftsrecht und Europarecht

Herausgegeben von
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff

Band 83

Fabian Klumpen

Die elektronische Gesellschaftsgründung über die Grenze



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Heidelberg, Univ., Diss., 2017

ISBN 978-3-8487-4672-9 (Print)

ISBN 978-3-8452-8899-4 (ePDF)

1. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Für meine Eltern

Meiner Mutter, Ulrike Klumpen, und meinem Vater, Johannes Klumpen, danke ich von ganzem Herzen für ihr Vorbild, ihre geistige Führung, Geduld sowie ihre bedingungslose Liebe, Förderung und Unterstützung, auf die ich während meiner gesamten juristischen Ausbildung blind vertrauen konnte und auf die ich auch heute in jeder Hinsicht bauen kann. Ihnen, die mich immer dabei unterstützen, mir meine Wünsche und Träume zu erfüllen, ist dieses Werk gewidmet.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Hengeler Mueller in Düsseldorf und wurde im Wintersemester 2017/2018 von der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung konnten bis Ende 2017 berücksichtigt werden.

Mein tief empfundener Dank gilt meinem hochverehrten Doktorvater Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff, auf dessen uneingeschränkte Unterstützung und hervorragende Betreuung ich mich bis zum Ende des Promotionsvorhabens stets verlassen konnte. Schon während meines Studiums an der Ruprecht-Karls-Universität wurde mir die große Ehre zu Teil, als studentische Hilfskraft an seinem Lehrstuhl für Europäisches Gesellschafts- und Europarecht mitwirken zu dürfen.

Ganz besonders herzlich möchte ich mich auch bei Herrn Prof. Dr. Christoph Teichmann bedanken, der als kluger Ratgeber durch seine fachspezifischen Anregungen diese Arbeit sehr gefördert und das Zweitgutachten erstellt hat.

Ganz besonderer Dank gebührt Frau ref. iur. Isabella Petzinka, deren bedingungsloser Rückhalt mir nicht nur in Bezug auf diese Arbeit, sondern auch sonst in jeder Hinsicht eine wichtige Stütze war und ist. Ohne meine Eltern und sie hätte dieses Werk nicht gelingen können. Ihr schulde ich daher größte Dankbarkeit für ihre geistige Führung, ihre Geduld und Liebe.

Für die Mühe des Korrekturlesens und die vielfältige konstruktive Kritik gebührt großen Dank Frau Dr. iur. Anna Dominke, meiner Schwester Frau Carolin Klumpen und meinem Bruder Herrn Christoph Klumpen.

Herzlich danken möchte ich auch den Mitarbeitern von Hengeler Mueller, insbesondere dem Bibliotheksteam für die freundliche Zusammenarbeit und die unerschöpfliche Hilfe.

Berlin, im Januar 2018

Fabian Klumpen

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Teil 1	27
§ 1 Einleitung	29
A. Bedarf nach einer weiteren supranationalen Rechtsform	29
B. Vorgeschichte der SPE	31
C. Das „Allzweckmöbel“ – Die <i>Societas Privata Europaea</i>	35
D. Von der SPE zur SUP	35
E. <i>Societas Unius Personae</i> (SUP)	39
§ 2 Gang der Untersuchung	43
§ 3 SUP-Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission	45
A. Das Gründungsrecht der SUP auf der Grundlage des Kommissionsvorschlags	45
I. Gründungsformen und Sitz der SUP	45
1. Gründungsformen der SUP	45
2. Sitz der SUP	46
II. Eintragungsverfahren der SUP	47
III. Die elektronische SUP-Ferngründung über die Grenze	48
1. Begriffsbestimmungen	49
2. Europäisch vorgegebene Standardvorlage für die Satzung	50
3. Europaweit einheitliches Anmeldeformular	52
4. Elektronische Ferngründung über die Grenze	53
5. Dauer des Online-Eintragungsverfahrens	56

B. Der Beitrag der elektronischen SUP-Ferngründung zur grenzüberschreitenden Niederlassungsfreiheit	58
I. Der Adressatenkreis und das Regelungsumfeld der elektronischen SUP-Ferngründung	58
1. Adressaten: Start-up-Unternehmen und die mittelständische Unternehmensgruppe	58
2. Das SUP-Leitbild: Der KMU-Konzern – die kleine und mittlere Unternehmensgruppe – im Europäischen Binnenmarkt	59
II. Das SUP-Grundanliegen: Die grenzüberschreitende Konzernbildung und ihre Förderung	62
1. Standardisierung und Harmonisierung der Gründungs- und Eintragungsfomalitäten	63
2. Elektronische Ferngründung über die Grenze	66
III. Würdigung	67
C. Prinzip der vorsorgenden Rechtspflege	68
I. Rechtspolitisches Umfeld des SUP-Richtlinienvorschlags	69
1. Publizitätsrichtlinie	70
2. Effektive Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Steuerhinterziehung	71
II. Das Eintragungsverfahren in Deutschland	75
1. Beurkundung des Gesellschaftsvertrags	76
a. Sachverhaltsermittlung, Beratung der Gründer und Entwurf der erforderlichen Gründungsdokumente	77
b. Beurkundung der Gründungsunterlagen	78
aa. Notarielle Vorprüfung der Gründungsunterlagen	79
bb. Identifizierung und Verifizierung der Anmeldenden	80
c. Fiskalische Funktion: Sicherung des Steueraufkommens	81
d. Würdigung	81

2. Anmeldung zum Handelsregister und Prüfung des Registergerichts	82
a. Erstellung und Übermittlung der elektronischen Dokumente an das Handelsregister	83
aa. Umwandlung der Papierurkunde in die elektronische Form	84
bb. Elektronische Beglaubigung	85
cc. Elektronische Übermittlung der signierten Dokumente an das Registergericht	87
dd. Notarielle Aufbereitung eintragungsrelevanter Strukturdaten im sog. XML-Dateiformat	87
b. Eintragung in das Register	89
III. Vorzüge des deutschen Registerverfahrens	89
1. Erhöhte Richtigkeitsgewähr und Schutz vor Identitätsdiebstahl und Identitätsbetrug	90
2. Erhöhte Komplexität des Registerverfahrens und Filterfunktion des Notars	90
3. Erstellung und Übermittlung von Strukturdaten	92
4. Verfassungsrechtliche Notwendigkeit einer Input-Kontrolle	93
IV. Angelsächsisches Registersystem	94
1. Grundlagen des angelsächsischen Registerwesens	95
2. Die Möglichkeit der Online-Gründung	96
3. Handelsregisteranmeldung in Papierform oder elektronischer Form	98
4. Prüfung der Eintragungsunterlagen	99
5. Handelsregistereintragung, Ausstellung der Gründungsurkunde und Bekanntmachung	101
6. (Rechtliche) Auswirkungen der angelsächsischen Registerpraxis	102
a. Company Hijacking oder Corporate Identity Fraud	102
b. Eingeschränkte Publizitätsfunktion	103
c. Fehlende Transparenz und Übersichtlichkeit	104
d. Würdigung	105
V. Zusammenfassung	105

D. Die Einbindung der deutschen Notare und das Prinzip der vorsorgenden Rechtspflege	108
I. Erwägungsgrund 18 und Art. 14 Abs. 5 S. 1 SUP-KOM	109
1. Einbindung des deutschen Notars in die elektronische Ferngründung	109
2. Vorbeugende Gründungskontrolle	110
II. Art. 14 Abs. 5 S. 2 SUP-KOM	115
III. Erwägungsgrund 13 und Art. 14 Abs. 3 SUP-KOM	116
IV. Art. 13 Abs. 1 SUP-KOM	118
V. Art. 12 Abs. S. 1 und Art. 21 Abs. 3 S. 2 SUP-KOM	119
VI. Art. 14 Abs. 4 Unterabs. 2 S. 2 SUP-KOM	120
VII. Art. 14 Abs. 6 S. 1 SUP-KOM	121
VIII. Abschließende Würdigung	122
1. Verzicht auf die Mitwirkung eines Notars bei der Gründung	123
2. Fehlendes Prinzip der vorsorgenden Rechtspflege	124
3. Rechtspolitische Tendenzen aus der Vergangenheit und jüngst veröffentlichte nichtamtliche Initiativen	125
4. Aufgabe der notariellen Funktionen	128
a. Fehlende Gründungsberatung und -belehrung	129
b. Verzicht auf die notarielle Vorprüfung (Legalitätskontrolle)	130
c. Fehlende Identitätsgewähr und die damit einhergehende Aufgabe bis-heriger Transparenz- und Publizitätsstandards	131
d. Die Beteiligung der Notare im Gründungsverfahren einer GmbH – zu viel des Guten?	133
E. Bewertung: Vor- und Nachteile der Online-Ferngründung	133
I. Die europäisch vorgegebene Standardsatzung und die EU-einheitliche Eintragungsvorlage	134
1. Vorteile	135
a. Gründungsbeschleunigung, Senkung der Gründungskosten, Entlastung der Gründer und Registergerichte	135
b. Erhöhte Rechtssicherheit, Klarheit und Planbarkeit	138

c. Geringe Regelungsdichte und eine erhöhte Transparenz	139
d. Senkung der Gründungskosten	141
2. Nachteile	141
a. Fehleranfälligkeit und Mehrbelastung der öffentlichen Hand aufgrund fehlender Beratung durch den Notar	142
b. Verleitung zur unreflektierten Übernahme	144
c. Verzögerung des Eintragungsverfahrens	146
d. Fehlende Flexibilität und Anpassungsfähigkeit	146
e. Unvollständigkeit und Untauglichkeit der standardisierten Eintragungsvorlage für die Anmeldung	149
f. Herausforderungen für den Europäischen Gesetzgeber	149
g. Missbrauchspotential bei Satzungsänderungen	152
3. Würdigung	153
II. Elektronische SUP-Ferngründung über die Grenze	154
1. Fehlende persönliche Beratung und Belehrung	155
a. Vorteile	156
aa. Gleichstellung der inländischen und ausländischen Gründer	156
bb. Geringer Stellenwert der notariellen Beratungsfunktion	157
cc. Abbau psychologischer Hemmnisse	158
b. Nachteile	159
aa. Aufgabe rechtlich wohl begründeter Schutzsysteme	159
bb. Hohe Fehleranfälligkeit und Mehrbelastung der Gerichte	160
cc. Mehrkosten und zeitlicher Mehraufwand	161
dd. Keine Diskriminierung ausländischer Gründer	161
ee. Gleichbleibender Beratungsaufwand	163
c. Würdigung	163
2. Notarielle Vorprüfung	166
a. Vorteile	166
aa. Rechtsvergleichendes Argument	166
bb. Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedstaaten	169

cc.	Rückstände bei der Führung des Handelsregisters	170
b.	Nachteile	171
aa.	Abkehr vom <i>Acquis communautaire</i>	171
bb.	Mehrbelastung der Gerichte und potentielle Zeitverzögerungen durch etwaige Zwischenverfügungen	176
c.	Würdigung	177
3.	Fehlende Identitätsgewähr und Abkehr von den bisherigen allgemeinen Transparenz- und Publizitätsstandards	178
a.	Vorteile	178
aa.	Informationsgehalt des Handelsregisters	179
bb.	Berechtigung und Notwendigkeit der negativen Publizität des Handelsregisters	180
b.	Nachteile	181
aa.	Aufgabe bisheriger Publizitäts- und Transparenzstandards des nationalen Rechts und des sekundären Unionsrechts	182
bb.	„ <i>Carte Blanche</i> “ zur Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Steuerhinterziehung	186
cc.	Die elektronische Ferngründung über die Grenze als Einladung für missbräuchliche Firmenbestattungen	188
dd.	Verlust der Publizitätswirkungen der öffentlichen Register	189
ee.	Sozio-ökonomische Folgekosten	193
ff.	Unzureichende Identitätskontrolle und Sitzaufspaltung als Quelle erheblichen Potenzials für Steuerhinterziehung	195
c.	Würdigung	198
III.	Eintragungsdauer: Starre Drei-Tages-Frist	200
1.	Vorteile	201
a.	Gründungsbeschleunigung	201
b.	Erhöhung der volkswirtschaftlichen Prosperität	202
2.	Nachteile	203
a.	Fehlende Umsetzbarkeit	203

b. Fehlende Notwendigkeit einer Verfahrensbeschleunigung	205
c. Rein formelle Registerkontrolle	206
3. Würdigung	207
F. Zusammenfassung	208
G. Fortschreibungen im Gesetzgebungsprozess und aktueller Verfahrensstand	210
I. Fortschreibungen im Gesetzgebungsprozess bezüglich der elektronischen SUP-Ferngründung über die Grenze	213
1. Europaweit einheitliche elektronische Standardvorlagen für die Satzung und die Eintragung der SUP	213
2. Elektronische SUP-Ferngründung ohne persönlichen Gründerauftritt im Eintragungsmitgliedstaat	214
3. Eintragungsdauer	217
II. Allgemeine Ausrichtung des Rates der Europäischen Union	218
III. Arbeitsdokument des Rechtsausschusses des EU Parlaments	221
IV. Aktueller Verfahrensstand	223
Teil 2	227
§ 1 Fortgang der Untersuchung	229
§ 2 Die Allgemeine Ausrichtung des Rates der Europäischen Union	231
A. Das Gründungsrecht der SUP auf der Grundlage der Allgemeinen Ausrichtung des Rates	231
I. Errichtungsakt der SUP	231
II. Eintragungsfomalitäten	232
III. Eintragungsverfahren	233
B. Der aktuelle Beitrag der SUP-Ferngründung zur grenzüberschreitenden Niederlassungsfreiheit	236

C. Begrenzung der Missbrauchsgefahren durch Bezugnahme auf die elektronische Identifizierung nach der eIDAS-VO?	239
I. EU-Verordnung zur elektronischen Identifizierung und Vertrauensdienste	240
1. Begriffsbestimmungen	241
2. Anwendungsbereich	242
3. Elektronische Identifizierung	242
a. Anerkennungspflicht	243
b. Notifizierung	244
II. Die elektronischen Identifizierungsmittel im System der SUP-Ferngründung	246
1. Art. 14b Abs. 1 lit. a SUP-RAT	246
2. Erwägungsgründe 18a, 18b und Art. 14b Abs. 1 lit. b, Abs. 3 SUP-RAT	247
3. Erwägungsgrund 18a und Art. 14b Abs. 2 SUP-RAT	251
4. Erwägungsgrund 18b und Art. 14b Abs. 4, 5 SUP-RAT	252
III. Abschließende Würdigung	252
D. Bewertung der neuen elektronischen Identifizierungsmittel: PostIdent, ePerso, De-Mail und Videokonferenz-Dienste	254
I. Das PostIdent-Verfahren	255
1. Allgemeines	255
2. Würdigung	257
II. Der elektronische Personalausweis (ePerso)	257
1. Allgemeines	258
2. Anscheinsbeweis für die selbstständige Auslösung des Authentisierungsvorgangs	260
3. Anscheinsbeweis für die Abgabe von Erklärungen nach der Authentisierung	261
4. Würdigung	262
III. Das De-Mail-Verfahren	262
1. Allgemeines	263
2. De-Mail Kontoeröffnung, § 3 De-MailG	264
3. Anmeldung zum Postfach, § 4 De-MailG	266
4. Postfach- und Versanddienst, § 5 De-MailG	267
a. Fehlende Ende-zu-Ende-Verschlüsselung	267
b. Gestattung von pseudonymen De-Mail-Adressen	268
5. Identitätsbestätigungsdienst, § 6 De-MailG	268

6. Würdigung	269
IV. Videokonferenz-Verfahren	270
1. Erhalt der öffentlichen Funktionen des Notars durch eine „Fernbe-urkundung“ und „Live- Authentifikation“?	270
2. Kombinationsmodell: eID-Verfahren und Videokonferenz-Verfahren	271
3. Fehlende technische und rechtliche Definitionen	273
4. Technische Anforderungen	274
5. Würdigung	275
VII. Abschließende Würdigung	276
D. Zusammenfassung	280
Literaturverzeichnis	285

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht/Auffassung
Abl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Die Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
Anh.	Anhang
AO	Abgabenordnung
App	Anwendungssoftware (kurz Anwendung oder Applikation)
arg.	argumentum
Art.	(der) Artikel
Artt.	(die) Artikel
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
Bearb.	Bearbeiter
Begr.	Begründer
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BNotO	Bundesnotarordnung

Abkürzungsverzeichnis

BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BR-Drucks.	Bundesratsdrucksache
BRIS	Business Registers Interconnection System
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
bzw.	Beziehungsweise
CA	Companies Act
ca.	circa
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CR	Computer und Recht
CREDA	Forschungszentrum der Pariser Industrie- und Handelskammer
CSU	Christlich Soziale Union in Bayern e.V.
DB	Der Betrieb
De-MailG	Gesetz zur Regelung von De-Mail-Diensten und zur Änderung weiterer Vorschriften
Der Konzern	Der Konzern, Zeitschrift für Gesellschaftsrecht, Steuerrecht, Bilanzrecht und Rechnungslegung der verbundenen Unternehmen
Ders.	derselbe
Dies.	dieselben
DIHK	Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag e.V.
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
Dok.	Dokument
DONot	Dienstordnung für Notarinnen und Notare
DrittelbG	Gesetz über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat
DStR	Deutsches Steuerrecht
DuD	Datenschutz und Recht
ebd.	ebendort/ebenda
ECFR	European Company and Financial Law Review
ECL	European Company Law
E-Government-Gesetz	Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung
EGVP	Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach

EHUG	Gesetz über elektronische Handels- und Genossenschafts- sowie das Unternehmensregister
eIDAS-VO	Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG
EMCA	European Model Companies Act
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
endg.	Endgültig
EP	Europäisches Parlament
ePerso	elektronischer Personalausweis
EPG	Europäische Privatgesellschaft
e-Signatur	elektronische Signatur
ErbSt	Erbschaftssteuer
EstDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
EstG	Einkommensteuergesetz
ESWA	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EU-Kommission	Europäische Kommission
EU-Ministerrat/Rat	Rat der Europäischen Union
EU-Parlament	Europäisches Parlament
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EUZBBG	Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union
EUZBLG	Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e.V.	eingetragener Verein
EVP	Christdemokraten, Konservative
EWS	Europäisches Wirtschafts- & Steuerrecht

Abkürzungsverzeichnis

f.	folgende
FA	Finanzamt
FATF	Financial Action Task Force
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	folgende
FGPrax	Praxis der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FuS	Zeitschrift für Familienunternehmen und Stiftungen
GBO	Grundbuchordnung
gem.	gemäß
GesRZ	der Gesellschafter
GewSt	Gewerbsteuer
gez.	gezeichnet
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft(en) mit beschränkter Haftung
GmbH & Co.	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie KG
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Uni- on, European Union Private Law Review, Revue de droit privé del Union européenne
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GrESt	Grunderwerbsteuer
GWG	Geldwäschegesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
HRV	Handelsregisterverordnung
ICLEG	Informal Company Law Expert Group
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
InsO	Insolvenzordnung
i.S.d.	im Sinne des/der

i.S.e.	im Sinne einer/eines
IT	Informationstechnik
i.V.m.	in Verbindung mit
Kap.	Kapitel
KapG	Kapitalgesellschaftsrecht
KG	Kommanditgesellschaft
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
K&R	Kommunikation und Recht
KSH	kodeks spółek handlowyc
KSt	Körperschaftssteuer
KStG	Körperschaftssteuergesetz
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
l.	linke
lit.	Buchstabe
L.S.	Locum Sigulum
Ltd.	Private Limited Company
MBCA	Model Business Corporation Act
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestags
MEDEF	Französischer Wirtschaftsverband
Mio.	Millionen
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern
MMR	MultiMedia und Recht
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
MüKo	Münchener-Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Zeitung
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OHG	Offene Handelsgesellschaft
PAuswG	Personalausweisgesetz

Abkürzungsverzeichnis

par.	paragraph
PC	Personal Computer
PDF	Portable Document Format
PIN	Persönliche Identifikationsnummer
PROOF	Protected Online Filing
REFIT	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtssetzung
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische-Notarzeitschrift
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
Rz.	Randziffer
S.	Seite(n)
s.	siehe
SchenkSt	Schenkungssteuer
S&D	Sozialisten, Sozialdemokraten
SE	Societas Europaea
Sec.	Section
Secc.	Sections
SGB	Sozialgesetzbuch
SigG	Signaturgesetz
SigV	Verordnung zur elektronischen Signatur
SMC	Single Member Company
SMS	Short Message Service
sog.	sogenannt(e)/(er)/(es)
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPE	Societas Privata Europaea
SPE-HUN	SPE-Verordnungsvorschlag nach dem Kompromisstext der ungarischen Ratspräsidentschaft
SPE-KOM	SPE-Verordnungsvorschlag nach dem Kommissionsentwurf
SUP	Societas Unius Personae

SUP-ArbPapier	Arbeitsdokument des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments
SUP-IT	SUP-Richtlinienvorschlag nach dem Kompromisstext der italienischen Ratspräsidentschaft
SUP-LV	SUP-Richtlinienvorschlag nach dem Kompromisstext der lettischen Ratspräsidentschaft
SUP-KOM	SUP-Richtlinienvorschlag nach dem Kommissionsentwurf
SUP-RAT	SUP-Richtlinienvorschlag nach der Allgemeinen Ausrichtung des Rates
TAN	Transaktionsnummer
TIFF	Tagged Image File Format
u.	und
u.a.	unter anderem/anderen
UG	Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)
Unterabs.	Unterabsatz
USt	Umsatzsteuer
v.	vom
VDMA	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VR	Verwaltungsrundschau
VuR	Verbraucher und Recht
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
XML	Extensible Markup Language
z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZPO	Zivilprozessordnung

Teil 1

§ 1 Einleitung

A. Bedarf nach einer weiteren supranationalen Rechtsform

Aktuell fehlt es im Europäischen Gesellschaftsrecht an praxistauglichen Protagonisten für die kleinen und mittleren Unternehmen, die KMU, die mehrstaatlich im Europäischen Binnenmarkt über über eine Mehrzahl von Auslandstöchtern und -enkeln aktiv werden wollen.¹

Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)² bietet zwar im Innenverhältnis die erwünschte Gestaltungsfreiheit, allerdings erlaubt sie im Außenverhältnis keine Haftungsbeschränkung, denn ihre Mitglieder haften gesamtschuldnerisch in unbegrenztem Umfang für die Verbindlichkeiten der Vereinigung (s. Art. 24 Abs. 1 S. 1 EWIV-VO).³ Außerdem hat die EWIV den Nachteil, dass ihr Gesellschaftszweck nach Art. 3 Abs. 1 EWIV-VO Restriktionen unterworfen ist; die EWIV dient allein der Förderung ihrer Mitglieder und darf nicht selbst auf Gewinnerzielung ausgerichtet sein.⁴ Schließlich entspricht auch der in Art. 4 Abs. 2 EWIV-VO verankerte Mehrstaatlichkeitsvorbehalt, wonach mindestens zwei Mitglieder aus verschiedenen europäischen Mitgliedstaaten kommen müssen,

1 Omlor, in: GPR 04/2015, 158. Zur offiziellen Definition der KMU: Art. 3 Abs. 2 und 3 der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (Abl. L. 182 v. 29. Juni 2013, S. 28).

2 Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 des Rates über die Schaffung einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV) v. 25. Juli 1985, ABl. EG Nr. L 199 S. 1 v. 31. Juli 1985; hierzu: Lutter/Bayer/Schmidt, Europäisches Unternehmens- und Kapitalmarktrecht, § 40 Rn. 1ff.

3 Hommelhoff/Teichmann, in: DStR 19/2008, 925 (926); Hadding/Kießling, in: WM 04/2009, 145 (146); Steinberger, in: BB 37/2006/Special 7, 27 (31).

4 Hommelhoff/Teichmann, in: DStR 19/2008, 925 (926); Hadding/Kießling, in: WM 04/2009, 145 (146); Omlor, in: GPR 04/2015, 158.

nicht dem Bedürfnis der KMU, im Ausland „unter eigener Flagge zu segeln“ und eine rechtlich selbstständige Tochtergesellschaft zu gründen.⁵

Ebenso wenig wie die EWIV bietet die Gesellschaftsform der Europäischen Genossenschaft (SCE)⁶ einen geeigneten rechtlichen Rahmen für eine grenzüberschreitende Betätigung kleiner und mittlerer Unternehmen im Europäischen Binnenmarkt.⁷ Die SCE ist spezifisch auf Genossenschaften zugeschnitten und vermag vor allem wegen ihrer beschränkten Zwecksetzung nur auf bescheidene Erfolge im Publikum zurückzublicken (s. Art. 1 Abs. 3 SCE-VO).⁸

Die Europäische Aktiengesellschaft (SE)⁹ entspricht schon wegen ihrer mangelnden Gestaltungsfreiheit im Innenverhältnis nicht den Bedürfnissen der KMU, deren Gesellschaftsverträge maßgenau auf die Besonderheiten ihrer Aktivitäten, ihrer Finanzierungserfordernisse und ihres Gesellschafterkreises zugeschnitten sind.¹⁰ Hinzu kommt, dass ihr Mindestkapital von 120.000 Euro für viele KMU bereits eine nennenswerte Eingangshürde bildet.¹¹ Die spezifische Regelungstechnik der SE-Verordnung, die in vielen gesellschaftsrechtlichen Kernfragen auf das nationale Aktien-

5 Steinberger, in: BB 37/2006/Special 7, 27 (31); Hommelhoff/Teichmann, in: DStR 19/2008, 925 (926); Kuck/Weiss, in: der Konzern, 08/2007, 498 (499).

6 Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 des Rates über das Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE) v. 22. Juli 2003, ABl. EU Nr. L 207 S. 1 v. 18. August 2003; hierzu: Lutter/Bayer/Schmidt, Europäisches Unternehmens- und Kapitalmarktrecht, § 42 Rn. 1ff.

7 Hadding/Kießling, in: WM 04/2009, 145 (145); Omlor, in: GPR 04/2015, 158; Kuck/Weiss, in: der Konzern, 08/2007, 498 (499).

8 Schmidt, in: EWS 11/2008 455 (456); Omlor, in: GPR 04/2015, 158; Hadding/Kießling, in: WM 04/2009, 145 (146).

9 Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE) v. 8. Oktober 2001, ABl. EG Nr. L 294 S. 1 v. 10. November 2001; hierzu: Lutter/Bayer/Schmidt, Europäisches Unternehmens- und Kapitalmarktrecht, § 41 Rn. 1ff.

10 Hommelhoff, in: AG 06/2001, 279 (287); Hommelhoff, in: FS Doralt, S. 199 (201); Helms, in: FS Hommelhoff, S. 369 (371); Hommelhoff, in: FS Doralt, S. 199 (201); Hommelhoff/Teichmann, in: DStR 19/2008, 925 (926); Harbarth, in: ECFR 02/2015, 230 (231).

11 Omlor, in: GPR 04/2015, 158; Gutsche, in: FS Hommelhoff, S. 285 (288); Steinberger, in: BB 37/2006/Special 7, 27 (31); Hommelhoff, in: AG 06/2001, 279 (286).